

parlamentsreport



Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung für die Zukunft Thüringens

Wir stehen an der Seite von Wirtschaft und Industrie

Mehr dazu auf den Seiten 6-7

Die Linke

Fraktion im
Thüringer Landtag

07-2024

4 Videokameras im öffentlichen Raum: Wirklich unbedenklich?

8 Unfallzahlen steigen: Besorgniserregender Anstieg auf Thüringens Straßen

10 Alternative 54 e.V.: Wir unterstützen das Thüringer Ehrenamt



Vorwort

Steffen Dittes,
Fraktionsvorsitzender

Aus eigener Erfahrung von Pressekonferenzen und Interviews weiß ich, dass jede Aussage über das politische Ziel der Linken in Thüringen mit Blick auf die diesjährige Landtagswahl, weiterhin ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis anzuführen, belächelt und mit dem Hinweis auf aktuelle Umfrageresultate abgetan wird. Stattdessen wird die Frage gestellt, ob Die Linke bereit wäre, mit der CDU und/oder dem BSW zu koalieren, weil eine parlamentarische Regierungsmehrheit für Thüringen wichtig erscheint, wichtiger noch als eine an Werten und damit an richtungsweisenden Inhalten orientierte Regierung.

Wenn dann, wie Bodo Ramelow als Ministerpräsident, auf durchaus andere mehrheitsfähige Konstellationen verwiesen wird oder wie der Linken-Bundesvorsitzende Martin Schirdewan auf entsprechende Nachfrage antwortet, dass „alle demokratischen Kräfte (...) mindestens in der Lage sein (müssen), miteinander zu reden, gerade wenn es darum geht, den Aufstieg des neuen Faschismus zu verhindern und ein klares demokratisches Signal zu setzen“, wird dies mit den Worten „letzter Strohhalm“, „Rettungsanker“ oder

„Augenwischerei“ kommentiert. So zu lesen in der Thüringer Allgemeinen vom 2. April dieses Jahres. Mit dem Bild der um den Machterhalt kämpfenden Partei wird hier ganz nebenbei ein Wesensmerkmal der Demokratie diskreditiert und jenen Vorschub geleistet, die die repräsentative Demokratie ohnehin als Machtkartell der Parteien bezeichnen. In der Demokratie stellen sich die Parteien in einer freien Wahl den Wählerinnen und Wählern und wollen natürlich ein möglichst gutes Ergebnis erzielen, das es ihnen ermöglicht, in der kommenden Legislaturperiode – in der Regel mit einem oder mehreren Koalitionspartnern – auf der Grundlage der erreichten politischen Mehrheit entsprechend den von ihnen vertretenen Werten politische Entscheidungen zu treffen.

Wunsch nach Veränderung

Geht es um die eigene Macht, um Posten? Sicher nicht. Es geht um den politischen Anspruch, die Gesellschaft zu gestalten, den die Mitglieder einer Partei auch in dieser Richtung teilen. Politik ist nicht das Streben nach bloßer Macht über andere, sondern nach verantwortlicher Gestaltungsmacht für das Gemeinwesen. Darin unterscheiden sich die demokratischen Parteien nicht. Es stellt sich die Frage, warum der einen Partei Machterhalt vorgeworfen wird, der anderen aber der Kampf um Mehrheiten und die Staatskanz-

lei. Im besten Fall ist es der zunächst unpolitische Wunsch nach Veränderung. Nun sind die Verhältnisse in Thüringen komplizierter, als dass es mit dem von wohl auch einigen Journalisten erhofften Regierungswechsel nach dem Vorbild der alten Bundesrepublik, in der das Pendel abwechselnd in Richtung CDU/CSU oder SPD als Koalitionspartner für die FDP ausschlug, so einfach wäre. Es droht, dass eine rechtsextreme Partei ein Drittel der Abgeordneten des Landtages stellen wird.

Erhalt der Demokratie

So oder so, die Aufgabe für Demokraten ist banal. Es muss verhindert werden, dass diese Partei auch nur ansatzweise Macht erhält, auch im positiven Sinne einer politischen (Mit-)Gestaltungsmacht. Insofern geht es bei den Wahlen nicht nur in Thüringen durchaus um Machterhalt, und zwar um Machterhalt für die Demokratie nicht nur als Regelsystem, sondern auch als Wertesystem. Für Die Linke ist dies nicht nur eine Floskel, sondern führt, wenn man dann noch Regierungsmehrheiten Minderheitsregierungen vorzieht, zwangsläufig zu Überlegungen über Konstellationen und Formen politischer Zusammenarbeit, die mit politisch fast unüberwindbar erscheinenden Hürden versehen sind. Dies auch neben dem eigentlichen Ziel einer rot-rot-grünen Regierungsmehrheit zu benennen, ist konsequent und auch ehrlich.

Es wäre schön, wenn diese Konsequenz und Ehrlichkeit, vor allem aber Klarheit auch von anderen demokratischen Parteien eingefordert würde. Zumindest eine aber sendet ganz andere Signale. Deren Spitzenkandidat wird ausgerechnet am 11. April mit dem Spitzenkandidaten der rechtsextremen Partei auf einer Bühne sitzen und einen politischen Dialog auf Augenhöhe führen. Drei Tage später wird in der Gedenkstätte Buchenwald der Befreiung des Konzentrationslagers gedacht und der Schwur der befreiten Häftlinge wiederholt, in dem es heißt: „Die endgültige Zerschmetterung des Nazismus ist unsere Losung.“

Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender



Kommentar

von Katja Maurer,
kommunalpolitische Sprecherin

Die Koalitionsfraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben in den vergangenen zehn Jahren die Finanzsituation der Kommunen nicht nur stabilisiert, sondern die Finanzkraft gezielt gestärkt. Nahezu alle 626 Kommunen konnten 2023 einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen - eine beeindruckende Quote von rund 97 Prozent.

Die Tatsache, dass zum 31. Dezember 2023 lediglich 17 Städte und Gemeinden ohne gültigen Haushalt waren, zeigt, wie sehr die Politik der rot-rot-grünen Koalition in den vergangenen Jahren zur Stärkung der Finanzkraft der kommunalen Familie im Freistaat Thüringen beigetragen hat. Landtag und Landesregierung haben ihre Verantwortung für die Kommunen in den Krisenzeiten der letzten Jahre ernst genommen und finanziell untermauert.

Einnahmesituation der Kommunen verbessert

Die Einnahmesituation der Thüringer Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert. Die Mittel, die das Land im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zur Verfügung stellt, wurden stetig erhöht. Im Jahr 2024

stehen den Kommunen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs knapp 2,9 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind 300 Millionen Euro mehr als 2023.

Auch wenn die falschen Behauptungen der Opposition manchmal etwas anderes vermuten lassen, die ausreichende finanzielle Ausstattung der kommunalen Familie in Thüringen hat für uns höchste Priorität. In den Städten und Gemeinden werden Entscheidungen getroffen, die unmittelbar in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger eingreifen. Die Öffnungszeiten der Rathäuser, die Müllsituation, der bauliche Zustand von Schulen und Kindergärten und die Zuschüsse für das kulturelle Leben haben immer auch eine finanzielle Seite und genau das sichert eine ordentliche Ausstattung.

Bald sind Kommunalwahlen in Thüringen!

Mit Geld allein ist es nicht getan. Genauso wichtig ist es, dass Sie sich als Bürgerinnen und Bürger Ihrer Kommune aktiv in das Geschehen vor Ort einbringen und zum Beispiel unbedingt an den Kommunalwahlen teilnehmen. Denn die politische Zusammensetzung der Stadt- und Gemeindeparlamente ist entscheidend für unser aller Lebensqualität und das wirtschaftliche Wachstum.

Ich bin Fraktionsvorsitzende im Erfurter Stadtrat und gleichzeitig kommunalpolitische Sprecherin

im Landtag. Aus beiden Arbeitsbereichen kenne ich viele engagierte Menschen und möchte Sie ermutigen, sich einzumischen und Ihre Ideen und Vorschläge in die politischen Prozesse einzubringen. Am Anfang ist es ein Sprung ins kalte Wasser, aber am Ende lohnt es sich oft mehr als man denkt.



Katja Maurer

Kommunalpolitische Sprecherin



„Keine Angst, die machen nix!“ Videokameras im öffentlichen Raum

Foto: Pexy, Marco/pixabayde

Wer nichts zu verbergen hat, braucht sich von einer Videokamera im öffentlichen Raum nicht zu fürchten – zumindest ist das eine vielfach anzutreffende Haltung, die zu Recht kritikwürdig ist. Der Innenausschuss hat sich intensiv mit der Frage beschäftigt, ob und inwieweit die Videoüberwachung im öffentlichen Raum auszuweiten und politisch zu unterstützen ist. Im Ergebnis der Beratungen hat eine Landtagsmehrheit die Auffassung vertreten, dass dieses Ansinnen abzulehnen ist. Hierfür sprachen und sprechen gute Gründe.

Kameras erhöhen die Sicherheit?

Wer erklärt, dass Kameras in der Öffentlichkeit die Sicherheit der Menschen erhöhen, ist erstens in seiner Wortwahl mehrdeutig, und zweitens beruhen diese Angaben nicht auf seriösen Erkenntnissen. Genauer wird nämlich gesagt, dass das Sicherheitsgefühl erhöht sei. Hier kommt es allerdings auf das subjektive Empfinden an, ob sich jemand eher sicher oder eher unsicher fühlt. Thüringen gehört zu den sichersten Bundesländern der Republik. Gemessen am Anteil der Bevölkerung ist es sehr un-

wahrscheinlich, in Thüringen Opfer einer Straftat zu werden. Gleichzeitig kann Thüringen auf eine recht hohe Aufklärungsquote verweisen, sollte es dennoch zu einer Straftat kommen. Klar, jede und jeder kann prinzipiell zum Opfer werden. Insofern kann ich den Menschen einreden, dass das Leben gefährlich ist. Ich kann aber auch darauf verweisen, dass es vergleichsweise unwahrscheinlich ist, Opfer einer Straftat zu werden.

Stigmatisierung des öffentlichen Raums

Andererseits gibt es wissenschaftliche Studien, dass Menschen im öffentlichen Raum eher davor zurückschrecken, bestimmte Orte zu betreten, wenn sie wissen, dass dort Kameras sämtliche Bewegungen filmen, weil sie vermeiden wollen, dass ihre Daten elektronisch erfasst werden. Jedes Hinweisschild, welches mit Blick auf angebliche Kriminalitätsprävention auf eine Überwachung hinweist, kann auch so gedeutet werden, dass dort ein Kriminalitätshotspot existieren würde, der die einzelne Person zum potenziellen Opfer erklärt. Das führt nicht nur dazu, dass Menschen den betreffenden öffentlichen Raum (Straßen, Plätze, sogar ganze Stadtteile) meiden. Das führt auch dazu, dass alle Menschen, die sich dort aufhalten, weil sie im Quartier wohnen,

potenziell als Kriminelle abgestempelt werden können. Wer mit Wohnanschrift deutlich macht, in einem solchen Gebiet zu leben, riskiert Nachteile. Wir wissen, dass dann beispielsweise die Konditionen bei Banken schlechter sind, wenn nach einem Kredit gefragt wird. Auch bei Polizeikontrollen könnte kritischer nachgefragt werden, warum man sich gerade zum aktuellen Zeitpunkt an dem betreffenden Ort aufhalte. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Weiter auf S. 5



Sascha Bilay

Innenpolitischer Sprecher

Videüberwachung verhindert keine Straftaten

Völlig falsch ist der erweckte Eindruck, dass Kameras die Verübung von (schweren) Straftaten verhindern würden. Die Begründung der Stadt Erfurt, dass auf dem Anger besonders viele Straftaten verübt werden, erfordert einen genaueren Blick. Die häufigsten Delikte auf dem Anger sind schließlich Fahren ohne Fahrschein mit der Straßenbahn und Diebstähle in Ladengeschäften, die nun mal typisch für eine Shoppingzone sind. Beide Delikte werden übrigens schon jetzt in stark videoüberwachten Räumen begangen. Und ja, wer sich auf dem Anger aufhält, kann sich von Personen belästigt fühlen, die Alkohol trinken, pöbeln und urinieren. Diesen Störungen begegnet die Gesellschaft aber besser mit Angeboten der Sozialarbeit als mit dem Ordnungsrecht. Jeder Euro, der in Sozialarbeit investiert wird, ist besser angelegt als Geld für Technik auszugeben, die falsche Sicherheit suggeriert.

Wer vorbeugend tätig werden und Straftaten verhindern will, sollte die Erfahrungen anderer Bundesländer ernst nehmen. NRW hat beispielsweise gute Erfahrungen damit gemacht, die Polizeipräsenz durch Streifentätigkeiten zu erhöhen. Die

se decken nämlich erstens einen größeren Bereich ab, als mit Videokameras zu erfassen möglich ist. Zudem können Streifendienste flexibel eingesetzt werden. Damit kann auch viel konkreter auf Bereiche reagiert werden, in die sich Straftaten räumlich verlagern. Denn Kameras haben den Nachteil, dass der erfasste Bereich nicht beliebig ausgedehnt werden kann. Wer eine Straftat verüben will, weicht also in diese Bereiche im Umfeld aus.

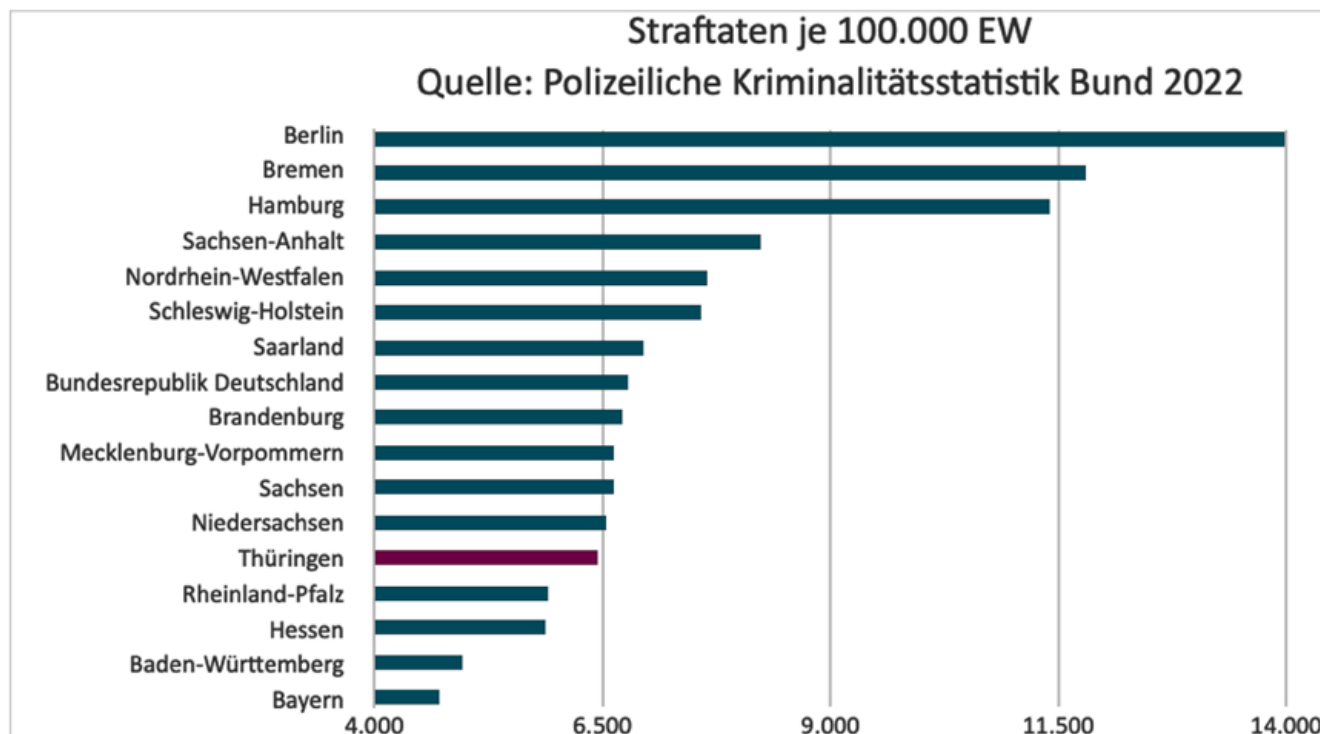
Videüberwachung kann gefährlich sein

Videüberwachung kann aber auch gefährlich sein und im Zweifelsfall tödlich enden. Oftmals existiert die Auffassung, dass jede Aufzeichnung live in einem Sicherheitsraum mitverfolgt wird. Wenn etwas geschehe, könnten Sicherheitskräfte jederzeit einschreiten und eine Polizeistreife oder einen Rettungswagen entsenden. Dem ist mitnichten so! Die Aufzeichnungen dienen lediglich der Beweissicherung, sollte ein Vorfall im Nachgang aufgeklärt werden müssen, bei dem die Sichtung der Daten unbedingt notwendig ist. Passanten meinen aber, sie müssten im Notfall nicht einschreiten, wenn sie beispielsweise eine lebensbedrohliche Situation beobachten, weil ja gleich

jemand komme. Dies kann dazu führen, dass Polizei oder Rettungskräfte nicht verständigt werden und erhebliche Schäden für Sachen, Gesundheit und Leben die Folge sind. Videüberwachung kann also auch gefährlich mit dem Leben spielen.

Städtebau als Prävention

Wollen Kommunen tatsächlich etwas gegen das sinkende Sicherheitsempfinden der Bevölkerung unternehmen, müssen sie auch in einen modernen Städtebau investieren. Dazu gehört, im öffentlichen Raum für eine bessere Aufenthaltsqualität zu sorgen. Es war eine falsche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, Zonen zum Verweilen und Ruhen in den Innenstädten zurückzubauen, nicht zu unterhalten und nicht zu pflegen. Wenn die Kommunen wieder dafür Sorge tragen, dass ihre Einwohner:innen gerne die öffentlichen Plätze und Parks beleben, entstehen neue Kommunikationsräume, die von allen positiv belebt werden. Locken wir also die Menschen in die Öffentlichkeit! Lassen wir sie laut und auffällig sein! Ebenso müssen Wegebeziehungen baulich so gestaltet werden, dass Sichtachsen entstehen und sie nachts beleuchtet sind. Das nimmt potenziellen Kriminellen den Schutzraum, in dem sie ihre Taten verüben können! *Sascha Bilay, MdL*





Zukunftstechnologien in Thüringen:

Aktuellen Herausforderungen begegnen

Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen in der deutschen Solarproduktion und der geplanten Schließung eines großen Herstellers in Sachsen sowie der Forderungen der Branche nach Subventionen und der Diskussion um das „Solarpaket 1“ der Ampelregierung ist es dringend erforderlich, die Produktion nachhaltiger Zukunftstechnologien in Thüringen zu stärken und auszubauen. Diese Technologien sind entscheidend für eine soziale und ökologische Energiewende und bieten eine große Chance für den Wirtschaftsstandort Thüringen.

Es gilt, die Importabhängigkeit zu verringern und Know-how, Arbeitsplätze und industrielle Wertschöpfung in der Energiewirtschaft vor Ort zu stärken und auszubauen. Statt nur Subventionen für deutsche Unternehmen zu fordern, sollte eine systemrelevante Zukunftsindustrie mit guten Arbeitsbedingungen und unter demokratischer Kontrolle gestärkt werden. Dies kann durch verschiedene Modelle wie öffentliche

oder stille Beteiligungen, Transformations- und Infrastrukturfonds sowie die Nutzung öffentlicher Liegenschaften erreicht werden.

Strategische Industriebeteiligungen

Die Gründung und Anschubfinanzierung solcher Unternehmen kann durch Institutionen wie die Thüringer Aufbaubank und die Landesentwicklungsgesellschaft unterstützt werden. Darüber hinaus sollte privates Kapital mobilisiert werden. Unternehmensbeteiligungen in wichtigen Branchen haben sich in Thüringen und anderen Bundesländern bewährt. Das Land sollte daher eine aktive Rolle als Minderheits- oder sogar Mehrheitsgesellschafter übernehmen, um die strategische Entwicklung zu lenken und die Kompetenzen der Mitarbeiter:innen-Seite einzubinden. Die Potenziale im Bereich Forschung und Entwicklung an den Thüringer Hochschulen sowie in den wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen und Unternehmen sollen gebündelt werden, um die Forschungskapazitäten zu erhöhen und zügig in die industrielle Anwendung zu bringen. Die Expertise der Be-

schäftigten muss in die Entwicklung und Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten einbezogen werden. Um die Nachfrage nach Zukunftstechnologien in Thüringen zu steigern, sollten erfolgreiche und neue Förderprogramme entwickelt werden, beispielsweise für den Einsatz von Photovoltaikanlagen zur Dekarbonisierung und Sanierung öffentlicher und privater Gebäude. Das Diskussionspapier „Zukunft made in Thüringen“, das unter anderem von den Fraktionsmitgliedern Christian Schaft und Andreas Schubert, beide Mitglieder im Wirtschaftsausschuss des Thüringer Landtags, mitverfasst wurde, zielt auf einen sozialen und klimagerechten Weg, der gemeinsam mit verschiedenen Akteuren wie Wirtschaft, Gewerkschaften, Arbeitnehmern, Kommunen und Verbänden umgesetzt werden soll. Eine aktive Industriepolitik und Beteiligungen des Landes sind Teil dieser Strategie, um den Strukturwandel zu unterstützen und sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird.

Die Beteiligung des Landes an Zukunftstechnologien über eine industrielle Beteiligungsstrategie sichert langfristig die Teilhabe der Menschen vor Ort an der Wertschöpfung und den Erträgen für den Ausbau der sozialen Infrastruktur.

Für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung: Maßnahmen und Zukunftsperspektiven

Für eine dauerhaft gute wirtschaftliche Entwicklung Thüringens sind der Umstieg von fossilen Energieträgern auf Technologien der Zukunft und die Verbindung von sozialer und ökologischer Verantwortung Voraussetzung. Dieser Prozess muss gemeinsam mit den Beschäftigten umgesetzt werden. Regionale Wirtschaftskreisläufe, das Lebenszyklusprinzip von Produkten sowie die Eigenversorgung insbesondere auch in Bereichen der Daseinsvorsorge müssen gestärkt werden. Unter den Koalitionsfraktionen von Die Linke, SPD und Bündnis90/Die Grünen hat sich in den letzten Jahren für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft viel bewegt. Das und mehr konnten wir in diesen Bereichen gemeinsam für eine nachhaltige Zukunftsperspektive erreichen:

Wirtschaft

Vergabegesetz: Im November 2023 wurde die Fortentwicklung des Vergabegesetzes beschlossen. Unternehmen, die den Zuschlag für öffentliche Aufträge erhalten, müssen ihren Beschäftigten seit dem 1. Januar 2024 einen vergabespezifischen Mindestlohn von 13,91 Euro - 1,50 Euro über dem bundesweiten Mindestlohn - zahlen. Faire Bezahlung soll somit auf Landesebene weiter gestärkt werden. Aus unserer Sicht sollte das Vergabegesetz zukünftig

auch auf kommunaler Ebene Anwendung finden, um Lohndumping zu verhindern und gerechte Bezahlung zu gewährleisten.

Praktikumsprämie für Schüler:innen im Handwerk: Zur Nachwuchsförderung im Thüringer Handwerk ist es uns gelungen, eine Praktikumsprämie für Schulpraktika einzuführen. Schüler:innen, die mindestens ein einwöchiges Praktikum in einem Thüringer Handwerksbetrieb machen, sollen eine finanzielle Unterstützung von 120 Euro pro Woche erhalten. Im Landeshaushalt stehen dafür 100.000 Euro zur Verfügung. In den Sommerferien 2024 soll das Förderprogramm zur Unterstützung der Nachwuchsgewinnung greifen und von den Thüringer Handwerkskammern umgesetzt werden.

Tourismus

Ein „Gastrobonus“ für Thüringen: Aufgrund der Entwicklungen in den letzten Jahren kam es vermehrt zur Schließung beziehungsweise Betriebsaufgabe von kleinen und mittleren Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben. Im Zuge der letzten Haushaltsverhandlungen konnten wir das Förderprogramm „Gastrobonus“ für Thüringen aufzusetzen. Das Investitionsprogramm umfasst bis 2027 finanzielle Unterstützung für Gastronomie und Beherbergungsbetriebe in vorrangig ländlichen Regionen in Höhe von 3 Millionen Euro. Allein im Jahr 2024 werden davon 1 Mio. Euro bereitgestellt. Die Richtlinie wird im ersten Quartal 2024 auf den Weg gebracht.

Wissenschaft

Grundfinanzierung: In zehn Thüringer Hochschulen und zahlreichen Forschungseinrichtungen werden wichtige Impulse für die Entwicklung Thüringens und darüber hinaus gesetzt. Sie wirken als regionale Innovationsmotoren und vor allem als Lehr-, Lern- und Lebensorte von ca. 48.000 Studierenden und als Wirkungsstätten von knapp 20.000 Beschäftigten. Hochschulen sollen als offene, global nachhaltige und demokratische Einrichtungen gestaltet werden. Dafür haben wir die Grundfinanzierung der Hochschulen in der Rahmenvereinbarung V deutlich gesteigert, sodass diese von 2016 bis 2025 einen Aufwuchs ihrer Landeszuschüsse um absolut 534 Mio. Euro erhalten haben. Auch für kommende Rahmenvereinbarung VI wollen wir, dass eine stabile Grundfinanzierung weiter gewährleistet werden kann.

Studienarthritis 500 Euro: Um den Studienbeginn zu erleichtern, wurde im Jahr 2021 die Studienarthritis „StudiumThüringenPlus“ aufgelegt. Von der Unterstützung haben bisher über 200 Studierende in Thüringen profitiert. Uns ist es gelungen, auch nach dem Wintersemester 2023/2024 das Förderprogramm zu erhalten und so für mehr Bildungsgerechtigkeit in Thüringer Hochschullandschaft sorgen. Studierende aus Elternhäusern mit geringem Einkommen, die eine BAföG-Förderung beantragt haben und ein Studium in Thüringen beginnen, können so einmalige Anschaffungen wie beispielsweise einen Laptop oder Studienliteratur realisieren.



Unsere **Politik,**
Unsere **Erfolge**

Die Linke

Fraktion im
Thüringer Landtag

Der Treuhand-Skandal in Thüringen

Im Blickpunkt Schmalkalden und Ilmenau



Seit Mitte 2022 werden im Untersuchungsausschuss „Treuhand in Thüringen“ die Vorgänge um die umstrittene Behörde zur Privatisierung der ehemaligen Thüringer Volkseigenen Betriebe beleuchtet. Wie die Treuhandpolitik die Zerstörung von Industrie und Wirtschaft in Thüringen forcierte, wird dabei immer deutlicher. Die biografischen Brüche haben sich tief in das kollektive Bewusstsein der Thüringerinnen und Thüringer eingebrannt. Im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe wollen wir regionale Vorgänge genauer beleuchten und uns gemeinsam mit Expertinnen und Experten auch Alternativen zur desaströsen Treuhandpraxis nähern.

Über 30 Menschen waren Ende März unserer Einladung in Gera gefolgt. Wir sagen Danke an Mandy Tröger für den interessanten Input.

Die Treuhandanstalt hat in Schmalkalden mindestens 18 Betriebe privatisiert – 12 davon bestehen laut Handelsregister heute nicht mehr. Hinter dieser erschreckenden Zahl stehen immer auch Einzelschicksale, die – wie so viele in ganz Ostdeutschland – mit den Folgen der Treuhandpraxis zu kämpfen hatten und haben: Massenarbeitslosigkeit, Abwanderungsbewegungen und soziale Unsicherheiten, die sich auch auf die Gegenwart auswirken. Die Veranstaltung soll gemeinsam mit den Referent:innen einen Rahmen für den Austausch bieten.

Weiter geht's mit unserer Veranstaltungsreihe am 15. und 16. April in Schmalkalden und Ilmenau.

Mehr dazu auf:
www.die-linke-thl.de/treuhand

Unfallzahlen in Thüringen steigen

Erneut müssen wir in Thüringen einen Anstieg der Unfallzahlen im Vergleich zum Vorjahr verzeichnen. Mehr als besorgniserregend ist, dass auch die Zahl der Getöteten und der Alkoholunfälle mit Personenschaden wieder zugenommen hat, auch im Vergleich zu den Jahren vor Corona. Mittlerweile musste die Polizei im vergangenen Jahr alle zehn Minuten einen Verkehrsunfall aufnehmen. Leider werden diese Zahlen derzeit nur zur Kenntnis genommen, eine gesellschaftliche Ächtung des bewussten Fehlverhaltens im Straßenverkehr findet kaum statt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Diskussion um Tempolimits, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und verstärkte Präventionsmaßnahmen sowie eine bessere Ausstattung der Verkehrswacharbeit findet nur punktuell und ohne durchgreifende Veränderungen statt.

Es zeigt sich, dass die Hauptunfallursache seit Jahren überhöhte und nicht angepasste Geschwindigkeit

ist, besonders bei jungen Fahrer:innen, aber auch bei motorisierten Zweiradfahrer:innen. Traurige Höhepunkte sind z.B. im Jagdbergtunnel (Tempo 80) gemessene 236 km/h bei einem Verkehrsteilnehmenden oder im Rennsteigtunnel 170 km/h bei einem PKW bei erlaubten 80 km/h. Hier ist bereits von kriminellem Verhalten auszugehen.

Maßnahmen schaffen

Bei solch gravierenden Verstößen sollten sowohl das Strafmaß als auch die Fristen für den Entzug der Fahrerlaubnis deutlich erhöht werden. Aber auch erzieherische Maßnahmen wie die verpflichtende Teilnahme an Verkehrsteilnehmerschulungen und Verhaltenstrainings wären sinnvoll. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, die Präventionsmaßnahmen zur Verkehrserziehung von Anfang an in Kindergärten und Schulen zu verstärken. Verkehrswachten, Polizei und Bildungs-

einrichtungen müssen hier gemeinsam nach mehr Informations- und Aufklärungsmöglichkeiten suchen. Die Radfahrausbildung in der 4. Klasse bietet dafür gute Voraussetzungen. Deshalb ist es unerlässlich, die Zahl der Präventionsbeamten der Polizei zu erhöhen und ihre Arbeit in den Jugendverkehrsschulen noch stärker zu würdigen und zu ermöglichen. Darüber hinaus sind auch die Zahlen der nicht bestandenen Führerscheinprüfungen bedenkenswert. Zunehmender Straßenverkehr, schwierige Straßenverhältnisse, oft nicht verkehrsgerecht abgestellte Fahrzeuge und komplexe neue Vorschriften erschweren die Bedingungen für die Prüflinge und lassen die Durchfallquoten steigen. Hier wäre es sinnvoll, die Ausbildung und Arbeit der Fahrlehrer:innen stärker als bisher zu unterstützen und bei Bedarf ein Fahrsicherheitstraining mit Feedback während oder nach der Ausbildung anzubieten. *Dr. Gudrun Lukin, verkehrspolitische Sprecherin*

Gedenken an Märzgefallene

Karola Stange organisierte jährliches Zusammentreffen

Alljährlich organisiert Karola Stange, Abgeordnete der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, gemeinsam mit dem Stadtvorstand der Die Linke Erfurt eine Gedenkveranstaltung zu Ehren der Märzgefallenen auf dem Erfurter Hauptfriedhof. Auch in diesem Jahr trafen sich wieder mehrere Personen zum Gedenken.

Die so genannten „Märzgefallenen“ sind die Bürgerinnen und Bürger, die während bzw. durch den Kapp-Putsch 1920 ums Leben kamen. In Erfurt wird den Bürgern Willi van der Weth, Franz Weibezahl und Arthur Walter gedacht, die am 19. März 1920 im Kampf um eine Flugzeugwerft in Gotha ums Leben kamen und deren Gräber sich auf dem Erfurter Hauptfriedhof befinden. Die Nichte von Willi van der Weth, Frau Rahn, hatte sich vor Jahren an Karola Stange gewandt, um das kleine Grab in einen ordentlichen Zustand zu versetzen. Mit Unterstützung der Stadtverwaltung Erfurt konnten die drei Gräber in einen ordentlichen Zustand versetzt werden. Die diesjährige Gedenkfeier fand am 18. März 2024 statt. Die Abgeordnete Karola Stange konnte neben Frau Rahn eine



kleine Delegation des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge aus Erfurt und den engagierten Erfurter Kämpfer für Demokratie, Rüdiger Bender, begrüßen. Besonders herzlich begrüßte Karola Stange ca. 20 Berufsschüler:innen der Walter-Grobis-Schule, die zum ersten Mal an der Gedenkveranstaltung teilnahmen. Ein Jugendlicher, der seinen Bundesfreiwilligendienst beim Volksbund absolviert und der Erfurter Autor Markus Zieger informierten in ihren Reden über die drei gefallenen Erfurter Arbeiter und ihre Aktivitäten gegen den Kapp-Putsch. Rüdiger Bender ging in seinem Beitrag vor allem der Frage nach, welche Schlussfolgerungen für heutiges Handeln daraus zu ziehen sind. Die Nichte von Willi van der Weth, Frau Rahn, bedankte sich bei den Anwesenden für ihre Teilnahme und gab der Hoffnung Ausdruck, dass das Gedenken an die Märzgefallenen auch weiterhin gewährleistet werden kann.

Vor Ort wurde thematisiert, dass es in Zukunft gelingen möge, weitere Jugendliche aus Erfurter Schulen zu gewinnen, die sich kontinuierlich mit den historischen Hintergründen beschäftigen und das Gedenken an die Märzgefallenen auch in Zukunft lebendig halten. Nur so könne Erinnerungskultur weitergetragen werden, bekräftigte Karola Stange.



Schlichtungserfolg bei Lufthansa durch Ramelow und Weise



Bodo Ramelow

Abgeordneter Fraktion Die Linke

Die Lufthansa und die Gewerkschaft Verdi haben sich auf Eckpunkte eines Tarifvertrags für das Bodenpersonal der Fluggesellschaft geeinigt. Betroffen sind rund 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Einigung war eine Schlichtung hinter verschlossenen Türen vorausgegangen. Vermittler waren Ministerpräsident und Abgeordneter der Fraktion Die Linke Bodo Ramelow und der frühere Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise. Für den Fall eines Scheiterns hatte die Gewerkschaft mit unbefristeten Streiks gedroht. Das Bodenpersonal erhält nun bis zu 18 Prozent mehr Geld sowie einen Inflationsausgleich. Beide Seiten zeigten sich zufrieden.

Zur erzielten Einigung erklären Christian Schaft und Ulrike Grosse-Röthig, Landesvorsitzende der Partei Die Linke Thüringen: „Wir gratulieren den Beschäftigten der Lufthansa und der Gewerkschaft ver.di zu diesem guten Verhandlungsergebnis! Und wir danken Bodo Ramelow für seinen Einsatz für die Interessen der Beschäftigten und der Reisenden. Rechtzeitig vor Ostern konnte eine Einigung erzielt werden – das ist ein gutes Signal!“

Alternative 54 e. V.

Unsere Unterstützung für das Thüringer Ehrenamt



Skifreizeit für Lena und Lina

Cordula Eger spendet für Teilhabe der Jugendlichen

In jedem Jahr haben Kinder und Jugendliche im Alter von 10 - 17 Jahren über die Kreissportjugend des Unstrut-Hainich-Kreises die Möglichkeit der Teilnahme an einer Skifreizeit in Natz (Südtirol). Dort können die Anfänger:innen das Alpinski fahren und Snowboarden erlernen und die Fortgeschrittenen ihre Fähigkeiten individuell unter Aufsicht der Betreuer:innen erweitern. Um die Teilnahme an der Skifreizeit in der Zeit vom 10.02. - 16.02. für Lena und Lina H. finanziell abzusichern, spendete die Alter-

native 54 e.V. 300 EURO. Den Antrag dazu reichte der Kreissportbund Unstrut-Hainich e.V. ein. Unser Mitglied MdL Cordula Eger überreichte am 19. Februar 2024 den beiden Jugendlichen den Spendenscheck. Ihr ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche auch an solchen sportlichen Projekten teilhaben können. Dabei berichteten Lena und Lina über die schönen Erlebnisse während der Skifreizeit und bedankten sich herzlich, dass sie in diesem Jahr dabei sein konnten und das Skifahren erlernt haben.



Für schwierige Lebenslagen

Dr. Iris Martin-Gehl spendet für Sozialverein

Im Rahmen des Neujahresempfangs des Kreisverbandes Sömmerda wurde Mitte Februar ein Scheck der Al-



ternative 54 in Höhe von 400 Euro an den Verein Netzwerk Regenbogen e.V. übergeben. Das Geld soll dazu verwendet werden, neues Material anzuschaffen sowie bevorstehende Weiterbildungsmaßnahmen zu finanzieren, um die Arbeit des Vereins weiter zu stärken. Netzwerk Regenbogen e.V. wurde 2004 gegründet und nahm im Februar 2005 die praktische Arbeit mit der Tafel Sömmerda auf. Seit seiner Gründung setzt sich der Verein dafür ein, Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen, sei es selbst- oder fremdverschuldet, unterstützend zu begleiten und ihnen bei der Bewältigung von Problemen im alltäglichen Leben unter die Arme zu greifen. Neben der

Betreuungstätigkeit durch die Tafel Sömmerda, macht sich der Verein auch dafür stark, dass sozial Benachteiligten ein menschenwürdiges Leben durch die Versorgung mit Second-Hand Möbeln, Bekleidung und anderen notwendigen Dingen des Lebensbedarfes ermöglicht wird. Nicht zuletzt schon dies auch grundsätzlich die Ressourcen.

„Es ist mir ein wichtiges Anliegen, gemeinnützige Organisationen wie diese zu unterstützen, die sich mit so viel Engagement für diejenigen einsetzen, die unsere Hilfe am dringendsten benötigen“, erklärt Landtagsabgeordnete Dr. Iris Martin-Gehl bei ihrem Termin vor Ort.

Ehrenamt im Ilm-Kreis stärken

Christian Schaft unterstützt den Segelsport

Alternative 54 e. V.



Wenn der Frühling kommt, werden landauf, landab auch die vielfältigen Vereine wieder aktiver. Aber egal ob es um einen Arbeitseinsatz am Vereinsheim geht, die Neugestaltung eines Wanderstarts oder ein soziales Projekt an Schulen – ohne Geld geht es oft nicht. Gut, dass es die Alternative 54 e.V. gibt!

Unkompliziert können sich gemeinnützige Vereine bei Kleinprojekten unterstützen lassen. Aus dem Topf der Alternative 54 werden thüringenweit Kleinprojekte in den Bereichen Bildung, Jugend, Kultur und

Sport finanziert. Jährlich profitieren allein im Ilm-Kreis ca. 15 Vereine von den Zuschüssen. Überreicht werden sie dabei vom lokalen Abgeordneten Christian Schaft, der sein Wahlkreisbüro in Ilmenau hat. Im März konnte Schaft drei ganz unterschiedlichen Vereinen jeweils einen Spendenscheck übergeben, und sich dabei vor Ort einen Eindruck von der ehrenamtlichen Arbeit machen: Mit der Marinekameradschaft Arnstadt-Ilmenau besteht bereits eine jahrelange Zusammenarbeit. Der Verein ist gemeinsam mit zwei ande-

ren Seesport- und Segelvereinen am Stausee Heyda beheimatet. Das Vereinsleben besteht aus der Pflege der Boote, der Bootsstege und natürlich des Segelns. Hinzu kommen Wanderungen um die Talsperre in Heyda und die jährliche Beräumung des Ufers vom Müll der Spaziergänger und Badegäste, gemeinsam mit anderen lokalen Vereinen. Der Stausee Heyda ist als Naherholungsgebiet vor allem im Sommer sehr beliebt. Seit die Stadt Ilmenau hier einen Großparkplatz plant, fühlen sich die Segelsportvereine zunehmend bedrängt. Es geht um Rangier- und Unterstellmöglichkeiten für die Boote, aber auch um dringend notwendige Sanierungen am Vereinsheim. Christian Schaft unterstützt hier die Marinekameradschaft dabei, gemeinsam mit der Stadt einen für alle gangbaren Weg zu finden.

„Ich freue mich, im März gleich drei Vereinen Fördergelder überreichen zu können“, äußert sich Christian Schaft. „So unterschiedlich ihre Arbeit ist, so wichtig ist sie im jeweiligen Bereich für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Egal ob Breitensport, Attraktivität der Dörfer oder konkrete soziale Projekte – Überall spüren wir die Wirksamkeit von Ehrenamt.“

Spende für Schüleraustausch

Andreas Schubert übergibt Scheck in Gera

Andreas Schubert, Landtagsabgeordneter der Die Linke, übergab eine 500-Euro-Spende an den Förderverein der Ostschule, um das „Schüler:innen-Begegnungs-Projekt“ zu unterstützen. Seit inzwischen 30 Jahren macht sich die Ostschule auch als Europaschule um den Schüleraustausch zwischen Gera und der Partnerschule im tschechischen Ceska Lipa verdient. Aktuell sind wieder zehn Schüler:innen aus Tschechien zu Gast, die mit ihrem Besuch einen wichtigen Beitrag für Völkerverständigung leisten, indem die Stär-

kung von Sprachkompetenz und die Neugier auf andere Kulturen, mit persönlichen Kontakten verbunden wird - geplant ist u.a. noch der Besuch des Goethe-Hauses in Weimar. Die Alternative 54 e.V. ist der Zusammenschluss von den Abgeordneten der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, die die automatische Diätenerhöhung per Spende gemeinnützigen Vereinen in Thüringen zur Verfügung stellt. Seit 1995 wurden so schon über 1,5 Millionen Euro auf diesem Wege umverteilt - gelebte Solidarität.



Hier anmelden!

Sport trifft Tourismus

Fachkonferenz

14. Mai 2024 · 13 bis 17 Uhr
Augustinerkloster Erfurt

Tourismus trifft Sport

Die Linke

Fraktion im
Thüringer Landtag

www.die-linke-thl.de

Fachkonferenz: Sport trifft Tourismus

Fraktion Die Linke lädt im Mai ins Augustinerkloster in Erfurt ein

Hiermit möchten wir Sie im Namen der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag herzlich zur Fachkonferenz „Tourismus trifft Sport – Sport trifft Tourismus: Wie können neue Synergien für Thüringen gewonnen werden?“ einladen.

Nicht erst seit den Rennrodel- und Biathlon-Weltmeisterschaften 2023 wissen wir, dass der Freistaat beim Thema Sport viel zu bieten hat. Thüringen hat im Bereich Sport-, Tourismus- und Gesundheitswirtschaft noch viel Potential, um Wirtschaftspolitik zu fördern und die Themen als Querschnittsaufgabe zu begreifen, in der viele Aspekte verantwortungsbewusst zusammengeführt werden können. Eine der größten Herausforderungen stellt die Klimakrise dar. Einerseits ist die Touris-

muswirtschaft vom Klimawandel betroffen (bspw. durch Hitze, Waldbrände, Überschwemmungen) und macht touristische Ziele unattraktiv, andererseits ist die Branche Verursacher (u.a. CO₂-Emissionen, Übernutzung natürlicher Ressourcen) und trägt damit selbst zum Klimawandel bei. Seit der Corona-Pandemie hat der regionale Tourismus an Bedeutung gewonnen. Kurze Wege und Naherholung, besonders Outdoor-Sportarten und Wandern haben zugenommen. Was bedeuten diese Entwicklungen für Initiativen, Unternehmen Vereine und Kurorte in Thüringen? Wie kann die Aufenthaltsdauer von Gästen im Freistaat im Kontext von Sport-, Erholungs- und Gesundheitstourismus gestärkt und dabei Umwelt und Naturschutz nicht hintenangestellt werden? Diesen und vielen weiteren Fragen wollen wir uns auf der Fachkonferenz stellen und mit Ihnen in die Diskussion kommen.

Wir bitten Sie, sich für die Veranstaltung im Vorfeld anzumelden. Dies erfolgt über unser Online-Formular: www.die-linke-thl.de/anmeldung



Impressum

Herausgeberin:
Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler

Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 03. April 2024